

07:05 | Freie Flächen

## Warum es für die Wirtschaft in NRW eng wird

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen klagt über zu hohe Vorgaben beim Flächenverbrauch. Zugleich befürchten wichtige Branchen eine konjunkturelle Abschwächung. Steht NRW vor einer neuen Krise? *Von Guido*

*M. Hartmann*

Aus seinem großen Eckbüro am Neusser Hafen blickt Günter Haberland auf eine benachbarte Brachfläche. "Für dieses Grundstück habe ich mich kürzlich interessiert", sagt der Chef des Logistik-Unternehmens Zietzschmann. Ein Gutachten ergab jedoch, dass dort wegen der Lärmschutz-Auflagen für benachbarte Wohnungen lediglich ein einziger Lkw pro Nacht be- oder entladen werden dürfte. "Damit war die Sache für uns erledigt", sagt der 63-Jährige und zündet sich eine weitere Zigarette an.

Gemeinsam mit seinem Sohn führt Haberland die 30-Mann-Firma mittlerweile in vierter Generation und schlägt jährlich bis zu 500.000 Tonnen an Gütern wie Stahl, Zellstoff und Düngemitteln per Schiff, Lkw und Bahn um. Doch wie an vielen Industriehäfen rückt auch in Neuss die Wohnbebauung immer näher an die Wasserbecken heran und erschwert den Firmen die Arbeit.

Das Neusser Unternehmen Zietzschmann könnte beispielhaft für viele NRW-Unternehmen stehen, die noch gute Geschäfte machen, sich aber zugleich um ihre Zukunft sorgen. Das liegt einerseits an der Wirtschaftsflaute in einigen Schwellenländern, andererseits auch an beklagten Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt, dem Mindestlohngesetz und Unsicherheiten über die Erbschaftssteuer. Hinzu kommen NRW-spezifische Regelungen wie der geplante Landesentwicklungsplan (LEP) und das neue Landeswassergesetz, die in der Unternehmerschaft kritisiert werden.

Im Landesentwicklungsplan, der bis zum Herbst durch den Landtag soll, geht es etwa um die Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Weil die Regierung das Wachstum der Verkehrs- und Siedlungsfläche im LEP deutlich reduzieren will, sollen Firmen ihre Neubauten etwa bevorzugt auf alten Industriebrachen errichten, statt gleich neben ihrem Hauptbetrieb auf der grünen Wiese.

### IHK bestätigt Bedeutung der Flächensicherung

Das Thema Flächensicherung sei für Unternehmen von hoher Bedeutung, sagt auch Kölner IHK-Chef Ulf C. Reichardt und verweist auf eine entsprechende Umfrage unter Kölner Unternehmen. Wenn eine Firma in der Nähe ihres Standortes keine Flächen mehr bekomme und sich dann weiter weg etwas suchen müsse, gebe es schnell Probleme mit den Mitarbeitern. "Wenn der neue Standort weiter als 20 Kilometer entfernt liegt, dann gehen viele Mitarbeiter nicht mit", sagt Reichardt.

Dass es aber schon bald Probleme mit den Gewerbeflächen geben könnte, befürchtet man auch bei den IHKs im Ruhrgebiet und in Westfalen, wo gerade 950 Unternehmen mit 137.000 Mitarbeitern für den aktuellen "Ruhrlagebericht" befragt wurden. Laut Benedikt Hüffer, Präsident der IHK Münster und derzeit auch Sprecher der Ruhr-Kammern, werden Studien zufolge bereits in sieben Jahren neue Ansiedlungsflächen für Industrie und Gewerbe an der Ruhr "Mangelware sein".

Daher sei es umso wichtiger, die letzten vorhandenen Großflächen an der Ruhr – die Opel-Brachen in Bochum und das Gelände "New Park" in Datteln – "mit größerer Geschwindigkeit und mit ausdrücklicher Unterstützung der Landesregierung" zu entwickeln und an den Markt zu bringen. Tatsächlich aber sehe die Landesplanung angesichts des aktuellen Flüchtlingszustroms bislang nur zusätzliche Flächen für Wohnungsbau vor, nicht aber für Industrie und Gewerbe, also für zusätzliche Arbeitsplätze.

Während die Landesregierung beim LEP auf Drängen der Wirtschaft schon bestimmte

Vorgaben entschärft hat, gibt es weiter den Vorwurf, dass Rot-Grün Investitionen behindere. Als Beispiel nennt Horst-Werner Maier-Hunke, Chef der Unternehmensverbände, das neue Landeswassergesetz. Das Vorhaben geht über die Bundesregelungen hinaus, sodass Umweltbehörden etwa die Genehmigung für Anlagen, die Wasser in Gewässer einleiten, zeitlich befristen und später verlängern können. Das könne zu erheblichen Planungsunsicherheiten führen und die Investitionsbereitschaft der Firmen schwächen.

### **Kritik an Umsetzung des Gesetzesentwurfes**

"Eine Umsetzung des Gesetzesentwurfes ist ein Bremsklotz für Investitionen in Arbeitsplätze am Industriestandort NRW", sagt Maier-Hunke. Zudem sei das "bislang erlebte Gesetzgebungsverfahren eine klare Missachtung" des Mittelstandsförderungsgesetzes NRW. Danach soll nämlich seit 2013 eine "Clearingstelle Mittelstand" Gesetzes- und Verordnungsvorhaben mit Mittelstandsrelevanz im Vorfeld des Gesetzesprozesses überprüfen.

Im Umweltministerium weist man hingegen darauf hin, dass bei jedem Gesetz geprüft werde, ob es zusätzlich noch durch die Clearingstelle müsse oder ob andere Formen ausreichen. Das sei beim Wassergesetz der Fall gewesen, da die Wirtschaft im Rahmen der Verbändeanhörung ja bereits Stellung genommen habe. "Die von der Wirtschaft geforderte Beteiligung ist im Rahmen einer ausführlichen Verbändeanhörung erfolgt und von den Verbänden auch genutzt worden", sagte ein Sprecher von Minister Johannes Remmel (Grüne).

Über politische Streitpunkte auf Landesebene hinaus sieht sich die Wirtschaft zusätzlich durch die konjunkturelle Entwicklung und schlechtere Aussichten unter Druck. "Die Lage ist noch gut, aber die Risiken nehmen zu", sagt Kölns IHK-Chef Reichardt. Zusammen mit den rheinischen IHKs Aachen, Bonn/Rhein-Sieg, Düsseldorf, Mittlerer Niederrhein, Duisburg/Niederrhein und Wuppertal-Solingen-Remscheid haben die Kölner 3000 Betriebe mit 270.000 Beschäftigten zur wirtschaftlichen Lage befragt. Danach bezeichnen rund 41 Prozent ihre Lage als gut, 48 Prozent als befriedigend und elf Prozent als schlecht. Gründe für die insgesamt noch gute Lage seien die stabile Binnenkonjunktur, ein Plus an Kaufkraft durch steigende Löhne, ein stabiler Arbeitsmarkt sowie niedrige Zinsen.

Während Branchen wie das Gastgewerbe und der Großhandel auch weiter investieren wollen, sieht das im wichtigen Maschinenbau und in der Metallindustrie schon ganz anders aus, vor allem wegen der sinkenden Nachfrage in China. Und bei den Metallen, die mit rund 700.000 Beschäftigten der größte Industriezweig im Land sind, denkt jedes vierte Unternehmen über den Abbau von Arbeitsplätzen nach. Auch das Ifo-Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft hat sich im Februar weiter verschlechtert.

### **Unternehmen blicken skeptisch in die Zukunft**

Die rund 1000 vom Münchener Ifo-Institut befragten Unternehmen an Rhein und Ruhr beurteilten ihre Lage weniger günstig als im Vormonat und blickten den nächsten sechs Monaten vermehrt skeptisch entgegen. "Der zweite Rückgang des NRW-Bank-Ifo-Geschäftsklimas kündigt eine konjunkturelle Verlangsamung an", sagte Klaus Neuhaus, Vorstandsvorsitzender der landeseigenen Förderbank, bei der Verkündung der neuen Zahlen am Freitag. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe trübte sich das Geschäftsklima laut Ifo ein.

In Neuss wartet unterdessen Spediteur Haberland mit einem gewissen Bangen auf das neue NRW-Hafenkonzept, das Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) im April vorstellen will. Denn im aktuellen LEP-Entwurf werden lediglich bestimmte Häfen als landesbedeutsam beschrieben, etwa Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Köln und auch Neuss. Dort sind laut LEP "in bedarfsgerechtem Umfang Hafenflächen und Flächen für hafenauffines Gewerbe festzulegen" und "vor dem Heranrücken von Nutzungen zu schützen, die geeignet sind, die Hafennutzung einzuschränken" – also etwa Wohnungen.

"Wir hätten lieber, wenn alle Häfen in NRW unter diesen Schutz gestellt würden", sagt Haberland, der sich auch im Deutschen Speditions- und Logistikverband für die rund 300.000 Jobs der Branche in NRW einsetzt. Und ohne ausreichende Hafenskapazitäten werde das wichtige Transitland NRW den bis 2030 prognostizierten Verkehrszuwachs angesichts der schon übervollen Straßen und Schienenwege keinesfalls bewältigen können.